

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Dienstag, 30. Mai 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
- Stadträtinnen und Stadträte: Berg, Bernnat, Cyperrek (in Vertretung Di Prima), Denzer (bis 18.45 Uhr), Escher, Glattacker, Kiefer, Lindemer (ab 18.00 Uhr), Oehler, Salach (ab 19.00 Uhr), Simon (in Vertretung Böhringer)
Sommer, Vogel, Vogelpohl, Wernthaler (bis 22.15 Uhr), Wiesiollek (ab 18.10 Uhr), Herzog (ab 18.45 Uhr in Vertretung Denzer)
- Entschuldigt: Böhringer, Di Prima
- Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Staub-Abt
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Kleinmagd (bis 18.40 Uhr)
Fachbereichsleiter Sproß
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Schäfer (ab 18.20 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (ab 20.15 Uhr)
Frau Gropp (bis 19.00 Uhr)
Frau Kovac (bis 18.40 Uhr)
Frau Dr. Schwarz (bis 18.40 Uhr)
Frau Seidel (bis 18.40 Uhr)
Frau Trefzer (ab 18.00 Uhr)
Herr Adams (bis 18.30 Uhr)
Herr Dieterle (ab 20.15 Uhr)
Herr Ebner (bis 19.00 Uhr)
Herr Fessler
Herr Lüers (bis 19.00 Uhr)
Herr Meier (bis 20.00 Uhr)
Herr Schreiber (bis 19.00 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadtrat Berg und Stadtrat Simon
- Schriftführung: Herr Ockenfuß
- Beginn: 17.30 Uhr
- Ende: 20.40 Uhr

TOP 1

Vorstellung Studie Regierungspräsidium Freiburg zu Verkehrsknotenpunkt Hasenloch (A 98 / B 317), mdl. Bericht

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die Vertreter der Presse. Er begrüßt die Herren Kaiser und Thiele vom Regierungspräsidium Freiburg, sowie die Herren Wahl und Blum von der Firma Rapp. Ebenso begrüßt er den ersten Landesbeamten des Landkreises Lörrach, Herrn Hoehler.

Herr Kaiser und Herr Wahl stellen sodann anhand einer Präsentation die möglichen Varianten eines Ausbaus des Verkehrsknotenpunktes Hasenloch vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass die Thematik „Hasenloch“ nun angegangen werde, auch wenn das Vorhaben selbst noch weit in der Zukunft liege. Er freue sich über erste Planungen und Machbarkeitsstudien. Gerade auch im Zusammenhang mit dem Neubau des Zentralklinikums in Lörrach sei das Projekt von großer Wichtigkeit.

Stadtrat Escher bedankt sich für die Informationen. Er halte die Variante C insgesamt für am besten geeignet. Er wolle wissen, inwiefern die Variante auf den vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 317 abgestimmt worden sei. Er nehme an, dass die Variante durch den vorgesehenen Ausbau der Wiesebrücke noch teurer werde. Die in den Studien angegebenen Statistiken seien nachvollziehbar.

Stadtrat Oehler bedankt sich für den Vortrag. Die verschiedenen Varianten seien allesamt erfolgsversprechend. Er wolle wissen, ob eine ausgebaute Bundesstraße 317 auch berücksichtigt worden sei. Er wolle wissen, ob der Bau eines großen Kreisverkehrs nicht zielführend sei.

Stadtrat Wernthaler bekundet sein Vertrauen in die Lösungen des Landkreises. Die Entlastung der innerörtlichen Straßen müsse klares Ziel bleiben. Er freue sich auf die kommenden Bürgeranhörungen. Das Verkehrsaufkommen werde in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Auch er halte die Variante C für sinnvoll, jedoch solle besser auf den linksabbiegenden Verkehr verzichtet werden. Der Recyclinghof sei an einem völlig falschen Standort. Er frage sich, ob man bei den Planungen die wesentlichen zukünftigen Entwicklungen berücksichtigt habe. Die Variante C sei überdies vor rund 35 Jahren schon einmal gefordert worden.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, bis zu welchem Zeitpunkt mit einer Realisierung der Maßnahmen gerechnet werden könne.

Stadträtin Cyperrek freue sich darüber, dass das Vorhaben nun endlich angegangen werde und erinnert an die diesbezügliche, fraktionsübergreifende Resolution. Sie freue sich auch darüber, dass auch schon die notwendigen naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen geplant würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es keine Denkverbote geben dürfe. Die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt seien überschaubar. Der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 317 werde vom Bund getragen. Der Ausbau richte sich nach dem Bundesverkehrswegeplan.

Erster Landesbeamter Hoehler erklärt, dass der Landkreis nur ein kleiner Partner, nicht aber der Baulastträger in der Sache sei. Der Landkreis verfolge auch das Ziel, die Gemeinden im Wiesental besser an Lörrach anzubinden. Er dankt dem Regierungspräsidium und der Stadt für die geleistete Arbeit. Die Planungen und die Realisierung des Vorhabens müssten nun zügig voranschreiten.

Herr Kaiser führt aus, dass das Regierungspräsidium in der Sache nicht alleine entscheidende Behörde sei, sondern sich auch mit den Verkehrsministerien auf Landes- und Bundesebene abstimmen müsse. Er erklärt, dass in rund 7 Jahren mit dem Baubeginn gerechnet werden könne.

Herr Wahl erklärt, dass der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 317 berücksichtigt worden sei und dass die Anlage eines Kreisverkehrs nicht umsetzbar sei. Indes verweist er darauf, dass die Stadt Lörrach dringend eine Mobilitätsplanung benötige.

Herr Blum erläutert im Folgenden weitere technische Bedingungen und Voraussetzungen des Vorhabens.

Stadtrat Escher bittet um eine baldige Umsetzung der Maßnahme und darum, bei dem Vorhaben wichtige und notwendige Lärmschutzmaßnahmen zu treffen.

Es folgt eine weitere Aussprache.

TOP 2

Bedarfsorientierte Sozialbetreuung von geflüchteten Menschen

Vorlage: 086/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage.

Stadtrat Escher halte die Vorlage grundsätzlich für richtig. Jedoch könne er nicht nachvollziehen, dass die Stellen im Rahmen der Sozialbetreuung befristet seien.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass die Maßnahmen für die Integration in der Stadt von großer Wichtigkeit seien. Das Land müsse schnell belastbare Zahlen liefern, um in der Sache Planungssicherheit herzustellen. Die Frage, ob die bedarfsorientierte Sozialbetreuung ausreichend sei, bleibe weiterhin bestehen. Leider werde nur noch geringfügig über die Flüchtlingsthematik gesprochen. Die Verwaltung leiste auf jeden Fall eine gute Arbeit.

Stadträtin Herzog wolle wissen, wie die Inhalte der Vorlage praktisch umgesetzt werden. Sie frage sich, ob die Flüchtlinge alleine den Weg ins Rathaus fänden.

Der Vorsitzende habe kein Zweifel daran, dass die Personen alleine ins Rathaus finden. Im bereitet er Sorge, dass die Personen sich in einem behördlichen Zuständigkeitsdschungel verlieren. Die Idee sei nun eine Anlaufstelle für die Menschen zu schaffen. Dort solle herausgefunden werden, welche Hilfe die Menschen tatsächlich benötigen. Insgesamt sei die Vorlage ein recht komplexes Zahlenwerk. Die entsprechende Verwaltungsvorschrift des Landes solle indes bis Ende Juli vorliegen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Einrichtung eines Welcome Centers am Rathaus zur Umsetzung der bedarfsorientierten Sozialbetreuung in Lörrach wird zugestimmt. Hierfür ist eine befristete Vollzeitstelle zu schaffen. Diese ist im Rahmen des Pakts für Integration zu beantragen.
2. Im Rahmen des Pakts für Integration soll zusätzlich der Antrag für 2-4 befristete Vollzeitstellen zur Sozialberatung der geflüchteten Menschen gestellt werden.
3. Die Option der eigenverantwortlichen Erledigung der Aufgaben oder die Übertragung auf die Träger der freien Wohlfahrtverbände wird geprüft.

TOP 3

Neubau für den Evang. Kindergarten Haagen zum Standorterhalt

Vorlage: 062/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Glattacker wolle der Vorlage zustimmen. Die Kirchengemeinde Rötteln könne den Bau des Kindergartens alleine nicht stemmen.

Stadtrat Simon wolle der Vorlage so zustimmen. Es sei gut, dass die Stadt auf eine Erbpacht verzichte.

Stadtrat Berg halte es für problematisch, dass die Stadt ein nicht städtisches Gebäude renoviere. Es gebe auch noch städtische Gebäude in der Stadt, die durchaus saniert werden könnten.

Stadtrat Vogel hält die Vorlage für wichtig, da sie die Unterbringung der Lörracher Kinder sicherstelle. Er wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Escher hält es ebenfalls für problematisch, dass die Stadt in ein nicht städtisches Gebäude investiere. Überdies sei es nicht richtig, dass die Stadt auf die Erbbaupacht verzichte. Außerdem dürfe das Projekt Haushaltskonsolidierung nicht außer Acht gelassen werden. Die Stadt komme der Kirche in großem Maße entgegen. Andererseits benötige die Stadt auch die Kindergartenplätze.

Fachbereichsleiter Sproß führt aus, dass er über die Entwicklungen sehr froh sei. Man finde schließlich keine Grundstücke mehr in Lörrach. Der Kirche gehe es auch darum, in Haagen präsent zu sein. Die Kirche sei ein sehr verlässlicher Partner.

Herr Schreiber geht ebenfalls kurz auf die Inhalte der Vorlage ein.

Es erfolgt eine weitere kurze Aussprache.

TOP 4

Masterplan Mobilität: Sachstand und Fazit 2013 - 2016

Vorlage: 050/2017

Der Vorsitzende führt aus, dass man nun Abschied vom Masterplan Mobilität nehme und zur strategischen Mobilitätsplanung übergehen wolle.

Stadtrat Escher gibt an, dass der Übergang gut sei, dazu aber auch ein weiterer Verkehrsplaner bei der Stadt eingestellt werden müsse. Es brauche in Verkehrsangelegenheiten insgesamt schlüssige Lösungen für Lörrach.

Stadtrat Cyperek wolle der Vorlage zustimmen. Die Stadt habe nun die Chance sich im Verkehrsbereich neu zu sortieren und zu ordnen. Ziel sei es, den Verkehr in der Stadt in die richtigen Bahnen zu lenken. Sie frage sich, ob die bisherigen Ziele nun obsolet seien.

Stadtrat Wernthaler wirft die Fragen auf, welche Maßnahmen aus dem Masterplan Mobilität sich bewährt hätten und welche umgesetzt wurden. Im Masterplan Mobilität seien viele Dinge aufgelistet gewesen, die nicht unbedingt in den Masterplan gehört hätten, sondern sowieso hätten durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die bisherigen Ziele und Leitlinien nicht einfach obsolet werden würden. Man brauche jedoch in der Zukunft die richtigen Formate.

Stadtrat Escher wolle wissen, wann die Integrierte Verkehrskommission wieder ihre Arbeit aufnehmen. Man dürfe Richt- und Leitlinien indes nicht als starre Fakten und als unveränderlich ansehen. Man müsse sich auf genaue Ziele und Vorstellungen besinnen.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass die Stadt auch künftig wieder breite Bevölkerungsschichten bei der Verkehrsplanung miteinbeziehen solle.

Der Vorsitzende wolle auch künftig die Bürger in Themen und Angelegenheiten des Verkehrs in Lörrach beteiligen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand des Masterplan Mobilität im Zeitraum von 2013 – 2016 Kenntnis. Die im Masterplan aufgeführten Vorschläge und Ideen werden im Rahmen der Strategischen Mobilitätsplanung weiterbearbeitet.

TOP 5

Grabenstraße - Zwischenbericht

Vorlage: 073/2017

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er gibt, dass zunächst wichtige Grundlagen ermittelt werden müssten und deshalb ein Gutachten erstellt werden soll.

Stadtrat Escher gibt an, dass er Ziffer 1 der Beschlussvorlage zustimmen wolle, Ziffer 2 jedoch nicht. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Einrichtung der Fußgängerzone an haftungsrechtlichen Gründen scheitere. Die Verwaltung solle die Einrichtung der Fußgängerzone baldmöglichst in Angriff nehmen.

Stadträtin Cyperrek schließt sich ihrem Vorredner an. Die Einrichtung einer Fußgängerzone ohne Poller halte sie für nicht sinnvoll. Sie wolle wissen, wie lang die Erstellung des vorgesehenen Gutachtens dauere, welche rechtlichen Voraussetzungen für die Installation der Poller gegeben sein müssen, wer abends die Fußgängerzone kontrolliere, was die Polleranlagen kosten und wo die Poller errichtet werden können. Sie wolle nochmals genau wissen, warum derzeit keine Poller errichtet werden können. Die Befahrung des Abschnitts durch den Linienbus sowie die Anfahrt zur Parkhauszufahrt könne technisch umgesetzt werden. Die vorliegende Entscheidung sei eine rein politische Entscheidung. Sie wolle wissen, welche Zusagen die Stadt an ProLörrach gegeben habe. Anstatt eines Gutachtens müssten nun die Fragen hinsichtlich des Einbaus der Poller geklärt werden. Überdies müsse die vorliegende Vorlage im Gemeinderat beraten werden.

Stadtrat Berg gibt an, dass er die Begründung des Regierungspräsidiums Freiburg, wonach ab 300 Metern keine Fußgängerzone vorliege, nicht nachvollziehen könne. Laut Polizeipräsidium Lörrach seien die Standorte der Poller in Ordnung. Indes seien die Zahlen zur Fußgängerzone in der Grabenstraße nicht richtig. Auch die Begründungen von ProLörrach seien nicht nachvollziehbar. Gerade nachts könne man nicht noch länger auf die Poller verzichten.

Stadtrat Lindemer gibt an, dass er Ziffer 2 der Beschlussvorlage nicht nachvollziehen könne. Die rechtlichen Grundlagen müssten der Stadt doch vorliegen.

Der Vorsitzende gibt an, dass es keine Zusagen an ProLörrach gegeben habe. Laut der Stellungnahme des Regierungspräsidiums Freiburg könne ein PKW-Fahrer nicht nachvollziehen, dass er sich in einer Fußgängerzone befinde. Das Problem der Haftung müsse laut Regierungspräsidium geklärt werden. Dem Gemeinderat solle indes eine Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werden.

Stadträtin Cyperrek sagt, dass aus der Vorlage nicht ersichtlich sei, was gegen das Aufstellen von Pollern spreche.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Errichtung von Pollern aufgrund der großen Anzahl von Bussen und Anliegern nur schwer umsetzbar sei. Es gebe viele von der Grabenstraße wegführende, bestehende Zufahrtsrechte, unter anderem auch zur Tiefgarage Chesterplatz. Insgesamt würde man rund 300 elektronische „Drücker“ zur Bedienung der Polleranlage benötigen. Für die Planung dieser technischen Aufwendungen benötige man einige Zeit. Es sei nicht ausreichend hier einfach ein Schild mit dem Hinweis Fußgängerzone aufzustellen. Ein weiteres Problem sei, dass der Straßenbelag in der Grabenstraße nicht für eine Fußgängerzone geeignet sei. Der bestehende Straßenbelag sei für einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich vorgesehen. Es gebe die Möglichkeit, die Grabenstraße umzubauen. Man könne auch zunächst einen Probetrieb vorsehen. Das sofortige Einsetzen von Pollern halte er für problematisch. Die Gestaltung einer Fußgängerzone bei bestehenden Ein- und Ausfahrten halte er für schwierig. Insgesamt seien noch sehr viele Fragen zu klären. Jede Nacht zu kontrollieren halte er indes nicht für möglich.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Einbau der Poller erst genehmigt werden müsste. Hierzu bedürfe es auch einer außerplanmäßigen Ausgabe. Damit eine Fußgängerzone letztlich auch funktioniert, müsse man die Vorgehensweise sehr gut durchdenken.

Stadtrat Escher erklärt, dass noch viele Probleme zu bewerkstelligen seien. Es dürfe nicht nur über die Poller gesprochen werden. Man müsse eben alle unterschiedlichen Probleme angehen und regeln. Die Fußgängerzone müsse baldmöglichst eingerichtet werden. Die Verwaltung müsse den Beschluss des Gemeinderats umsetzen. Bei bestehendem Bedarf müsse indes der Gemeindevollzugsdienst personell aufgestockt werden.

Stadtrat Berg gibt an, dass drei Vorschläge zur Optimierung und Verbesserung der Verkehrssituation sinnvoll seien. Es müsse nicht alles grundlegend verändert werden. Man könne vorerst auch durchaus ohne Poller planen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung die Thematik nochmals aufarbeiten wolle. Danach werde man die Gremien nochmals mit der Sache befassen. Natürlich habe die Verwaltung gegen die Optimierung der Verkehrssituation nichts einzuwenden.

TOP 6

Belist Grünes Tal und Anger; Genehmigung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Vorlage: 089/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt hierzu auch Herrn Böhringer von der Firma AG Freiraum.

Stadtrat Escher signalisiert seine Zustimmung zu der Vorlage.

Stadtrat Simon signalisiert seine Zustimmung zu der Vorlage.

Stadträtin Salach signalisiert ihre Zustimmung zu der Vorlage. Sie freue sich darüber, dass auch naturschutzrechtliche Fragestellungen in ausreichendem Maße berücksichtigt worden seien.

Stadtrat Lindemer signalisiert seine Zustimmung zu der Vorlage.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Entwurfsplanung und Kostenberechnung in Höhe von 887.000 € wird zugestimmt.
2. Der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung wird zugestimmt.

TOP 7

Hans-Thoma-Gymnasium Zweiter Baulicher Rettungsweg und Elektrosanierung, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Beschlussvorlage ein. Die Verwaltung wolle in dem betroffenen Bereich gewiss keine Überreglementierung, bekomme jedoch die Regelungen auferlegt. Die Verwaltung wolle den Sachverhalt nochmals aufbereiten.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt die geplanten Maßnahmen zur Herstellung des zweiten baulichen Rettungswegs und Elektrosanierung im Hans-Thoma-Gymnasium anhand einer Präsentation nochmals dar (Anlage 2).

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung den Sachverhalt transparent darlegen wolle. Es seien noch keine Beauftragungen erfolgt, jedoch seien die Leistungen für die Rohbauarbeiten ausgeschrieben worden. Es sei wichtig, dass der Zeitplan eingehalten werde. In der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales

habe sich das Gremium einstimmig für die Vorlage ausgesprochen. Er sei verwundert über die nun stattfindende hitzige Diskussion.

Stadtrat Kiefer sagt, dass man sich in der Sitzung des Gemeinderats schlicht mehr Transparenz gewünscht habe. Die Vorlage sei in dieser Hinsicht nun besser gestaltet.

Stadtrat Bernnat führt aus, dass er von der Diskussion im Gemeinderat sehr betroffen gewesen sei. Vorliegend gehe es um Dinge, die schon lange anstehen würden. Für den Betrieb der Schule sei der Rektor verantwortlich. Brandschutzmaßnahmen müsse man einfach ernst nehmen. Der Rektor könne sonst in unangenehme und schwierige Situationen gebracht werden. Der Zeitplan müsse streng eingehalten werden. Eine Vertagung der Entscheidung sei aus Zeitgründen ein großes Problem. In der Diskussion um die Vorlage habe es ihm an Sachlichkeit gefehlt. Hinsichtlich der Kostenberechnung müsse der Rat der Verwaltung vertrauen. Die Maßnahmen in der Schule seien absolut notwendig und nachvollziehbar.

Stadtrat Berg bekundet, dass er in der Sitzung des Gemeinderates von der Diskussion überrascht gewesen sei. Die Sanierungsarbeiten müssten nun zügig angegangen werden.

Stadtrat Lindemer befindet, dass nicht gegen den Brandschutz an sich argumentiert wurde. Es sei jedoch eine drastische Überreglementierung am Bau festzustellen. Künftig könne überhaupt nicht mehr gebaut werden. Er glaube überdies, dass die Maßnahmen am Ende deutlich teurer werden würden als bisher angenommen. Er frage sich, wie man sich vor starken Kostensteigerungen schützen könne.

Stadtrat Escher stellt heraus, dass es in der vergangenen Diskussion nicht um den Brandschutz gegangen sei, sondern um die Kosten und Sparpotenziale bei den Maßnahmen. Es sei schon richtig in die Sicherheit der Schulen zu investieren. Jedoch dürfe im Rahmen einer gelingenden Haushaltskonsolidierung auch nach Sparpotenzialen gefragt werden.

Stadtrat Oehler findet, dass es zuvor in der Vorlage an Transparenz gefehlt habe. Man könne der Vorlage aber nun zustimmen. Er wolle indes wissen, ob auch die Installation eines des Aufzugs schon ausgeschrieben worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung die Maßnahmen auch selbstkritisch auf mögliche Sparpotenziale hin untersucht habe. Er bittet darum, jedoch künftig offene Fragen gleich in den Ausschussberatungen aufzuwerfen und damit nicht bis zur Gemeinderatssitzung zu warten.

Fachbereichsleiterin Buchauer ergänzt, dass die Rohbauarbeiten aus Zeitgründen bereits ausgeschrieben worden seien. Der Brandschutzsachverständige habe sich intensiv mit den geplanten Maßnahmen auseinandergesetzt. Jede Einzelmaßnahme sei hinterfragt worden. Es seien zwei Brandschutzsachverständige im Verlauf der Planungen involviert gewesen. Die Maßnahmen seien aber in der Tat nicht sehr günstig. Die Errichtung eines Aufzugs sei in der Planung berücksichtigt werde aber im Zuge dieser Maßnahme noch nicht umgesetzt.

TOP 8

Bericht: Nachhaltiges Einkaufen

Vorlage: 094/2017

Der Vorsitzende führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass im Ältestenrat der Wunsch nach einem entsprechenden Bericht aufgekommen sei.

Stadtrat Escher bedankt sich für die Vorlage. Das Label Fairtrade Town sei klar abgelehnt worden. Durch das Label würden sich für die Stadt keinerlei Vorteile ergeben.

Stadträtin Cyperrek hält einen Zwischenbericht nach zwei Jahren für sinnvoll. Sie wirft die Frage auf, was der Beschluss aus dem Jahr 2015 gebracht habe. In der Vorlage seien viele Aspekte aufgeführt, jedoch müssten nicht alle Aspekte aufgeführt werden. Vieles gäbe es schon. Erwähnenswert seien auf jeden Fall das faire Frühstück und die von der Stadt betriebene Öffentlichkeitsarbeit. Die Fraktion der SPD wolle die Vorlage zur Kenntnis nehmen.

Stadträtin Salach hält es für wichtig, die Rolle und Aufgaben der Stadt in der vorliegenden Thematik klar zu definieren. Es könnten noch viele weitere Projekte angegangen und umgesetzt werden. Die Stadt müsse im Bereich des Bürgerengagements eine koordinierende Funktion einnehmen. Die bisherigen Treffen der Arbeitsgemeinschaft seien gut verlaufen. Hier müsse die Stadt weiter ansetzen.

Stadtrat Lindemer sieht die Rolle der Stadt vorrangig in den Bereichen Eigenkonsum und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Vorsitzende führt aus, dass er die Diskussion um das Label noch sehr gut in Erinnerung habe. Leider sei in dem entsprechenden Fachbereich eine Projektstelle entfallen, so dass in der Sache nicht mehr auf allzu breite personelle Ressourcen zurückgegriffen werden könne. Es gebe hinsichtlich dieser Thematik sehr viele verschiedene Initiativen in der Stadt. Die Verwaltung müsse an dem Thema dranbleiben, jedoch müsse der Aufwand auch leistbar sein.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt ergänzt, dass das nächste faire Frühstück im September stattfinden solle. Die Stadt wolle in der Sache eine koordinierende Funktion einnehmen und die Kommunikation zwischen den einzelnen Initiativen herstellen. Die Stadt nehme auch eine Vorbildfunktion wahr und müsse daher eine gute Öffentlichkeitsarbeit zu der Thematik leisten.

Es folgt eine weitere kurze Aussprache.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Parkleitsystem

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das städtische Parkleitsystem nun wieder funktionsfähig und ein entsprechender Probelauf eingerichtet worden sei.

TOP 10

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 11 Offenlegungen

TOP 11.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 30. März 2017

TOP 11.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung der Stadt Lörrach am Donnerstag, 30. März 2017

TOP 11.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 4. Mai 2017

TOP 11.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 4. Mai 2017

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: